

Mauhöfer Nachrichten

Ortsblatt für Albrechtshain, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Großsteinberg, Kleinsteenberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Threna und Umgegend.

Besitzpreis:
Frei ins Haus durch Rüttelträger
M. 1.20 vierjährlich.
Frei ins Haus durch die Post
M. 1.30 vierjährlich.

Mit einem
Illustrierten Sonntagsblatt
und
Landwirtschaftliche Beilage.
Zeitung alle 14 Tage.



Verlag und Druck:
Günz & Gule, Mauhöfen.
Redaktion:
Aug. Franz Haushild, Mauhöfen.

Wahlkündigungen:
Bei Inseraten der Amtshauptmannschaft Grimma 10 Pf. die fünfgeschwollene Seite, an erster Stelle und für Aufmerksame 12 Pf.
Bei Wiederholungen Rabatt.

Die Mauhöfer Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittag 5 Uhr mit dem Datum des nachfolgenden Tages. Schluß der Anzeigennahme: Vormittag 11 Uhr am Tage des Erscheinens.

Nr. 24.

Freitag, den 24. Februar 1905.

16. Jahrgang.

Freitag Stadtgemeinderatsitzung.

Graf Posadowsky zur Auswanderung der Industrie.

In der Rede, mit der der Staatssekretär Graf Posadowsky in die Debatte des Reichstags über die neuen Handelsverträge eingriff, wies er am Schlüsse auf die Vorherlage hin, welche sich anlässlich der Beratung des vorletzten und letzten Vorhengesetzes in verschiedenen amtlichen Berichten von Vertretern der böhmischen Kreise gefunden hätte: „Das Kapital werde aus Deutschland auswandern und mit ihm seine Besitzer.“ Die Vorhengesetze seien durchgegangen, die befürchtete Massenwanderung, ja sogar individuelle Auswanderungen hätten aber nicht stattgefunden. So sei es auch jetzt; auch jetzt heißt es, wenn der neue Hollarct in Kraft trete, werde die Industrie massenhaft über die Grenze gehen und im Auslande Filialen errichten. Da sei es doch interessant, aus den Urteilen von jenseits unserer Grenze genau dieselbe Vorherrage für die dortige Industrie zu vernehmen. Die neue Korrespondenz berichte über eine Versammlung der österreichischen Malzfabrikanten, die einmütig waren in ihrer Enttäuschung über das Resultat der Verhandlungen, das für die österreichische Landwirtschaft und für die Malzindustrie eine schwere Schädigung bedeute. Man müsse zur Selbsthilfe greifen und mit der Malzindustrie über die deutsche Grenze wandern. Graf Posadowsky fügte launig hinzu, wir könnten danach erleben, daß die österreichische Industrie nach Deutschland gehen und die deutsche Industrie nach Österreich wandern werde!

Südwestafrika.

Nach Meldung des Generalleutnants von Trotha ist die zweite Kompanie Feldregiments 1 nach Geisabis zur Auflösung vorgegangen, wo am 13. d. Mts. die Telegraphenstation von einer Hottentotten-Bande angegriffen worden war. Nach ihrer Rückkehr soll am 21. d. Mts. ein Detachement unter Hauptmann von Juehl, bestehend aus der 2. Kompanie Feldregiments 1, 10. Kompanie Feldregiments 2 und Halbbatterie Stuhlmann von Gibow den Hudub aufwärts marschieren, um Nordostanierbanden, die östlich Matathöhe festgesetzt worden sind, anzugreifen.

Das Ratine-Expeditionskorps kehrt schon im Monat März aus Südwestafrika in die Heimat zurück, und zwar in zwei Staffeln. Die erste Staffel besteht aus der dritten und vierten Kompanie, zwei Drittel der Maschinengewehrkompagnie, der halben Sanitätskolonne, zusammen 8 Offiziere, 4 Portepeeunteroffiziere und 286 Mann. Sie tritt am 5. März die Heimreise von Swakopmund an. Die zweite Staffel, bestehend aus dem Stabe, 1. und 2. Kompanie, Rest der Maschinengewehrkompagnie, der Hälfte der Sanitätskolonne in Stärke von 10 Offizieren, 5 Portepeeunteroffizieren und 176 Mann, wird am 20. März die Heimreise von Swakopmund antreten.

Aus Deutsch-Südwestafrika wird ferner noch berichtet, daß die Zahl der Herero, die sich ergeben haben, noch nicht sehr erheblich ist. Auch sind es meist nur ältere oder kranke Leute, während die Krieger zu stolz sind, um sich zu ergeben, wenngleich auch ihr Widerstand gebrochen ist. — Zu der Angelegenheit der in Not befindlichen nichtbeamten Mitglieder der Entschädigungs-Kommission, also Farmer, wird mitgeteilt, daß ihnen jetzt amtlicherseits eine entsprechende Vergütung gewährt werden soll. Das Verteil von vornherein geschehen sollen! — Die Zahl der Buren, die im Transportweisen in Deutsch-Südwestafrika

sitzen, hat bereits das erste Tausend überschritten. Es sind zumeist junge Leute, von denen man annimmt, daß sie sich dereinst im Schutzgebiet niederlassen werden. — Oberbayerisches Juchtwieh, 70 ausgewählte Exemplare, ist nach Hamburg unterwegs, um nach Südwürttemberg eingeschiffzt zu werden.

Friedensschluß in Sicht?

Der Korrespondent des Reuterschen Bureaus meldet aus Petersburg nach London: Ungeachtet offizieller Ablehnungen erhielt ich aus einer sich hohen Öffentlichkeit erfreuliche Quelle die Information, daß die Frage des Friedens vom Kaiser Nikolaus nicht allein formell erörtert, sondern daß man sich über die Bedingungen, auf Grund deren Russland zum Friedensschluß bereit sei, tatsächlich wie folgt geeinigt habe: Korea soll unter japanische Suzeränität kommen, Port Arthur und die Lioutonghalbinsel an Japan abgetreten werden, Wladivostok als neutraler Hafen nach dem System der offenen Tür erklärt werden, die chinesische Ostbahn unter eine neutrale internationale Kontrolle gestellt und die Mandchurie bis Charkin hinzu als integrierender Teil des chinesischen Reichs zurückgegeben werden. Eine Schwierigkeit liegt in der Erledigung der Frage der Entschädigung, worauf Japan besteht; es wird aber angenommen, daß diese Schwierigkeit nicht unüberwindlich sei. Obwohl es sehr gut möglich ist, daß Russland eine weitere Schlacht wagen wird, ehe man zur Entscheidung gelangt, hält man doch, wie von glaubwürdigster Seite verichert wird, hier an der Meinung fest, daß angesichts der inneren Lage und der enormen Schwierigkeit, den Krieg fortzuführen, der Friede auf Grund der oben fixierten Bedingungen abgeschlossen werden wird, wenn es gelingt, die Entschädigungsfrage innerhalb eines verhältnismäßig kurzen Zeitraums zu ordnen.

Der japanische Gesandte in London, Vicomte Hayashi erklärte einem Befragten, er hoffe nicht auf sofortigen Friedensschluß. Es sei, wie er glaube, für Russland unmöglich, Vorschläge zu machen, solange es eine ungeschlagene Armee südlich von Mudan besitzt und ehe die Baltische Flotte verflucht habe, die Seebefestigung zurückzuerobern. Die inneren Zustände Russlands würden übertrieben trüb dargestellt. Eins sei sicher, daß der Frieden nur durch direkte Verhandlungen und nicht durch Vermittlung herbeigeführt werden würde. Es habe jedenfalls bisher keinerlei auf einen schleunigen Friedensschluß hindeutende Nachrichten erhalten.

Rußland.

Aus zahlreichen Städten in den verschiedensten Gegenden des weiten Barentreichs liegen Nachrichten über das Umschwirren der Auslandsbewegung vor. So ist in Kaluga ein Teil der Arbeiter in den Werkstätten der Eisenbahn Sytan-Wjasma nicht zur Arbeit gekommen. In Nowo Radomsk ist ein allgemeiner Arbeiteraustand ausgebrochen. Die Verkäufer in den Ladengeschäften zu Tselatino-Snow sind in den Ausland getreten. Sie verlangen zwölfstündige Arbeitszeit, Sonntagsruhe, bestimmte Kündigungsfrist und Einführung einer Lebensversicherung. In Charlow sind die Arbeiter in den Kornbranntwein-niederlagen und in den Trudereien in den Ausland getreten.

Aus Warschau wird berichtet: Der Schülertreik nimmt große Dimensionen an. Fast alle Schulen Polens sind geschlossen. Vor den Schullokalen sind Polizei-, Gendarmen- und Militärpatrouillen postiert; es wird über

viele Zusammenstöße mit wehrlosen Kindern und über Verhaftungen berichtet. Auch die Volksschulen werden jetzt von der Auslandsbewegung erfaßt, nicht nur in Warschau sondern auch in den polnischen Landgemeinden. In den Bezirken Lomza, Plock und Siedlec haben die Bauern einer Reihe von dörflichen Gemeinden sich geweigert, ihre Kinder zur Schule zu schicken; sie wollen auch keine Beiträge mehr zur Erhaltung der Schulen zahlen, solange der Unterricht nicht in polnischer Sprache erfolgt. Infolgedessen mußten die Elementarschulen in Czernow, Stawiski, Rogowice und anderen Orten vorläufig geschlossen werden. — Die Situation an der Wien-Warschau-Bahn verschärft sich mit jeder Stunde, ein allgemeiner Aufstand droht zum 1. März.

Zu Einvernehmen mit dem Generalgouverneur hat der Kurator des Warschauer Lehrbezirks beschlossen, alle Gymnasien und Realschulen bis auf weiteres zu schließen, mit Ausnahme einiger weniger Anstalten, wo vorwiegend Kinder orthodoxer Russen unterrichtet werden.

Die Unruhen in Peku dauern fort. Die gegenseitige Erbitterung steigert sich bis zum Neukochen. Die Leute auf den Straßen fallen übereinander her, viele werden getötet oder verwundet. In einzelnen Stadttheilen wird geplündert. Die Häuser eines Stadtviertels stehen in Flammen. Die Lage der friedfertigen Einwohner ist schrecklich; es berichtet allgemeine Panik. Auch in Balashanath sind Unruhen ausgebrochen. Die in Peku stehenden Truppen sind offensichtlich unzureichend, um die Ordnung wieder herzustellen.

Auf der Suche nach bürgerlichen Arbeitersfreunden.

Als die Regierung durch die Ministranten König Georgs in den Stand gefestigt wurde, einer Anzahl Arbeiter die Reise nach Berlin zur Besichtigung der Ausstellung für Arbeiterswohlfahrt in Charlottenburg zu ermöglichen, konnten es sich die „Amtsblätter der Sozialdemokratie“ nicht verleugnen, den Gehüllten der Anerkennung und Dankbarkeit in den diesen Schimpfsorgaen eigenen Weise Ausdruck zu geben. Auf dieselbe Tonart sind die Dankesbezeugungen gestimmt, welche die sozialdemokratische Amtspresso an alle die richten, die gemeint haben, den notleidenden Bergarbeiterfamilien mit Unterstützungen aufzuhelfen. Diese Presse entrüstet sich über die Stimmengrade Graf Bentz, welche 10 000 M. zur Verfügung stellt und die wegen willkürlichen Feiern innegehaltenen drei Schichtlöcher zurückvergibt, sowie über die anderen drei Stainesgruben, welche ebenfalls Summen zu Unterstützungszwecken überwiesen haben; es sind „Almosen, welche die Zechenbarone, nachdem sie über die Arbeiter gesiegt haben, ihnen hinwerfen, um sich noch als Wohlhaber auszuposaunen zu lassen.“ Sie entrüstet sich über die von den Städten Darmstadt, Mainz, Mannheim usw. bewilligten „paar tausend M.“, die sie „überaus schafe Beisteuer“ nennen. Sie entrüstet sich über die, die geben, und über die, die nichts geben, so über Frankfurt, dessen Magistrat dem Beschuß der Stadtverordneten, den Familien der Streitenden 15 000 M. zu geben, sehr verständigerweise nicht beigetreten ist, und Breslau, das jedoch auch einen gleichartigen Antrag abgelehnt hat, wird demnächst einige Artigkeiten zu erwarten haben. Nicht deflorieren geht man auf die Suche nach „bürgerlichen Arbeitersfreunden“; man erhofft etwas von der Abstimmungstheorie, indem man einige reiche Leute des kapitalistischen Klassstaates an den sozialdemokratischen Pranger stellt. Ein führendes Organ schreibt nämlich:

„In Mannheim wimmelt es sozusagen von Millionären und in Darmstadt hätte z. B. der Stadtverordnete und Apothekerwarenfabrikant Werd, der auf 90 Millionen geschäfte wied, sich eigentlich schämen müssen, wenn er für sich allein nicht mehr gegeben hätte, als die 1000 M., die die ganze Stadt bewilligt hat. Es hat es indessen vorgezogen, überhaupt nichts zu spenden. In Mainz sitzen im Stadtrat ebenfalls schwer reiche Herren, die, wie Kommerzienrat Michel, über viele Millionen verfügen... Uebrigens wollen wir noch konstatieren, daß der fünfzigjährige Millionär, Baron Heyl in Worms, der im Reichstag sich weidlich über die Praktiken des Kohlenkonzerns entföhnte und dabei sein eigenes patriarchalisch Fabrikssystem in den Himmel hob, auch zu denen gehört, die ihren Geldbeutel den Arbeiterleuten verschlossen halten.“

Wo bleiben denn aber die „schwer reichen Herren“ der Sozialdemokratie, die sozialdemokratischen Millionäre? Sollten Sie in der ihnen eigenen Bescheidenheit es vorgezogen haben, Mildtätigkeit im Verborgenen zu üben?

Rundschau

Der Kaiser hat die Pläne zur Festigung Königsbergs genehmigt.

Prinz Friedrich Leopold von Preußen wird seine Reise nach Ostasien nächsten Sonntag nachmittag antreten. Er begibt sich zunächst nach Genua, um von dort zu Schiff die Fahrt fortzuführen.

Nach einem Telegramm aus Dar es Salam ist die Neubaustrecke der Usambara-Bahn durch den Prinzen Adalbert von Preußen feierlich eröffnet worden.

Im Reichstage hat Dr. Müller-Meininger zur zweiten Beratung des Gesetzes für das Reichsamt des Innern beantragt, die verbündeten Regierungen zu erfordern, baldigst dafür zu sorgen, daß der Verkehr mit Automobilen auf öffentlichen Straßen, Plätzen und Wegen in einheitlicher Weise geregelt werde, unter gleichzeitiger Festsetzung und Kontrolle der Geschwindigkeit.

Die Budgetkommission des Reichstages beschäftigte sich mit dem Etat der Verwaltung der Reichseisenbahnen. Bei dieser Gelegenheit erklärte auf eine Anfrage des Abg. Graf von Orla (natl.) über die Betriebsmittelgemeinschaft Minister v. Budde: Wenn der Chef der Reichseisenbahnverwaltung nicht schleunig für neue Betriebsmittel sorge, werde der preußische Eisenbahnminister ihm die Betriebsmittelgemeinschaft kündigen. Es sei ihm Ernst mit dieser Drohung. Der Minister verbreitete sich außerdem über die Einschränkung von Freifahrktarten für die Militärlauber und bezeichnete diese als unmöglich im Interesse der Einnahmen. Genehmigt wurden für den Bau einer Bahn vom Meß über Bigny nach Angelingen als vierte Rate 4 750 000 M., 1 Million Mark zur Verlegung der Bahnstrecke Straßburg — Mitte Rhein bei Kehl, ebenfalls als vierte Rate und der Rest des außerordentlichen Etats, der mit 16 442 600 M. abschließt.

Zu preußischen Abgeordnetenhaus kam es bei der zweiten Lesung des Kultusrats zwischen Ministerialdirektor Althoff und Abg. Dr. Friedberg zu scharen Auseinandersetzungen.

Der preußische Handelsminister warnt angesichts der großen Defizite der Breslauer und Bromberger Ausstellungen in einem Erlass die Handwerkskammern vor der Veranstaltung weiterer Handwerksausstellungen und stellt es den Regierungspräsidenten anheim, derartigen Projekten bei ihrem ersten Auftreten fortan energisch entgegenzutreten.

Fürstbischof Kopp in Breslau spendete weitere 2000 Mark für notleidende Bergleute im Ruhrevier.